

DIETRICH STARITZ

Das Ende der DDR. Erklärungsansätze

Zu berichten ist nicht über das Ende der DDR, sondern über historiographische beziehungsweise politikwissenschaftlich-soziologische Deutungen ihres Untergangs. Vorgetragen wird nicht eine längliche, in Anbetracht der Vielzahl der Wortmeldungen zum Ende der DDR gleichwohl unvollständige Sammelrezension; es wird vielmehr versucht, die unterschiedlichen Antworten auf drei Fragen kritisch vorzustellen. Erstens: Was ging unter – oder: Was war die DDR? Zweitens: Wie ging sie unter? Und drittens: Warum?

Generell und nur etwas zugespitzt läßt sich sagen: Ganz und gar unstrittig ist allein, daß die DDR unterging, jedenfalls dann, wenn der Staat zur Debatte steht und nicht sein Erbe, die mentalen Prägungen, die er hinterließ, oder die bösen bis verklärten Erinnerungen an ihn. Und so besehen wird sie wohl auch noch einige Zeit weiterleben. Schon die Frage aber, was da unterging, wird sehr unterschiedlich beantwortet. Die »zweite deutsche Diktatur« – das scheint eine zwischen vielen Zeithistorikern und politischen Akteuren konsensfähige Charakterisierung zu sein. Natürlich trifft sie grundsätzlich zu, denn ganz sicher gab es in der DDR weder eine demokratische Ordnung noch einen Rechtsstaat, vielmehr herrschte die SED-Führung ohne ein explizites Plazet der Gesellschaft, und sie stand noch nicht einmal unter der Kontrolle der Partei. Zwar erhob sie den Anspruch, die Macht im Namen der Arbeiterklasse und als Vollzug ihrer »historischen Mission« auszuüben, doch tat sie das deshalb nicht weniger diktatorisch. Und dennoch ist die Formel von fragwürdigem Erkenntniswert, denn sie verwischt die eklatanten Unterschiede zwischen NS- und SED-Herrschaft und faßt zusammen, was nicht zusammengehört: militaristischen Expansionismus und mörderischen Rassismus auf der einen Seite und (im wesentlichen) nach innen gerichtete Repression von Klassenfeinden aller Couleur und Regimegegnern wie Kritikern der unterschiedlichsten Observanz auf der anderen.

Mit demselben Problem sind der Terminus »totalitäre Diktatur«¹ und die Totalitarismus-Ansätze insgesamt konfrontiert. Jedenfalls dann, wenn sie die strukturelle Nähe von Nazifaschismus und Stalinismus, der extremsten Spielart bolschewistischer Herrschaft, behaupten und die SED-Diktatur in allen ihren Phasen als stalinistisch identifizieren. Auch dann wird eher zu einer Zusammenschau aufgefordert als zu einer differenzierenden Betrachtung und – ebenso wie durch das Wort von der »zweiten Diktatur« – zu einer Verharmlosung des NS beziehungsweise zur Dämonisierung der DDR eingeladen.

Dietrich Staritz – Jg. 1934, Prof. Dr., Politologe und Soziologe. Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen und sozialen Entwicklung der DDR und zum Parteiensystem der Bundesrepublik, u.a.: »Sozialismus in einem halben Lande« (1976), »Geschichte der DDR« (erw. Neuauflage 1996)

Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 13. November 1999 auf einer Konferenz über *Das letzte Jahr der DDR – Zwischen Aufbruch und Anschluß* in der »Hellen Panke« Berlin gehalten wurde.

1 Wie beim Terminus »zweite deutsche Diktatur« muß wegen seiner inflationären Verwendung auch bei der »totalitären Diktatur« auf Belegstellen verzichtet werden. Eine aktuelle

Zusammenschau bietet Martin Sabrow: Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1999, Berlin 1999, S. 191ff.

2 Vgl. etwa Armin Mitter, Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993 oder die Beiträge von Ehrhart Neubert und Joachim Gauck in der deutschen Ausgabe von Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, 4. Aufl., München/Zürich, 1998, S. 829ff.

3 So Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt a. M. 1967, S. 13.

4 Vgl. Hermann Weber: SED und Stalinismus, in: Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte – Situation – Perspektiven, 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (16. bis 19. Mai 1989), Köln 1989, S. 3ff.

5 Wolfgang Ruge: Zu den Wurzeln des Stalinismus. Die Doppeldroge, in: Sonntag, Nr. 2/1990 vom 14. Januar 1990, ders.: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.

Daß Analysen dieses Zuschnitts speziell nach dem Ende der Zweistaatlichkeit reüssierten, darf nicht überraschen, insbesondere dann nicht, wenn sie von ostdeutschen Autoren stammen.² Zum einen gab es das Bedürfnis, Anschluß an die Diskussionen innerhalb der nun dominierenden westdeutschen Interpretengilde zu finden, zum anderen bei manchen sicher auch die durchaus verständliche Neigung, es den eben entmachteten Antifaschisten auch wissenschaftlich heimzuzahlen. Und dafür eignete sich nichts besser, als sie definitiv in die Nähe der Faschisten zu rücken.

Allerdings wissen auch die von Totalitarismus-Ansätzen geleiteten Analytiker, daß alle Machtgefüge einem langsameren oder rascheren Wandel unterliegen. Nach Stalins Tod auch das der Sowjetunion, wo sich anstelle der »exzessiv machtorientierten Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen«³ Formen der Parteidiktatur etablierten, die stärker an das ursprüngliche Leninsche Politikvermittlungsverständnis anknüpften, an ein Konzept, das demokratische Verfahren freilich auch erst für den (Sankt Nimmerleins-) Tag nach der erfolgreichen Weltrevolution in Aussicht stellte. Dennoch läßt sich »Stalinismus« – bei entsprechender intellektueller Anstrengung – im Rahmen zeitgeschichtlicher wie sozialwissenschaftlicher Forschungen durchaus als analytische Kategorie nutzen. Jedoch taugt er mit weniger Aufwand auch als Kampfbegriff, und schon deshalb wird auf die Anstrengung häufig verzichtet. Immerhin ist vorgeschlagen worden, zwischen dem stalinzeitgenössischen und einem strukturellen Stalinismus zu unterscheiden, der Stalin in den Machtsystemen der KP-dominierten Staaten überdauerte⁴. Bislang aber wurde nicht hinreichend diskutiert, inwieweit Stalinsche wie nachstalinsche Herrschaftsformen auf demselben – wenngleich sehr unterschiedlich praktizierten – Leninschen Avantgardeverständnis beruhen.

Auf diesen Zusammenhang und seinen revolutionsgeschichtlichen Kontext hat in der »Wende« Wolfgang Ruge⁵ hingewiesen. Und von ihm stammen auch die noch immer anregenden Überlegungen für eine Periodisierung kommunistischer Herrschaft. Das Aufkommen des »klassischen Stalinismus« datiert er auf 1928 (die Schachty-Prozesse). Von da an seien Bürokratie, Massenterror und Byzantinismus zu den Kernelementen des Herrschaftssystems geworden – auf der Grundlage von bereits zuvor gewachsenen bürokratischen Strukturen, der schon zuvor starken despotischen Tendenzen und der ebenfalls zuvor ausgeprägten theoretischen Orthodoxie. Auf den »klassischen« läßt Ruge den »Poststalinismus« folgen, ein Machtsystem, das sich nach dem Scheitern der Chruschtschowschen Reformbemühungen ausbildete und durch Ultrabürokratisierung und Gewaltbereitschaft gekennzeichnet gewesen sei. Der »klassische« habe in der DDR schon aufgrund ihrer Grenzlage nicht voll durchgesetzt werden können. Ihre Strukturen seien daher bis zu ihrem Ende von einem »epigonalen Poststalinismus« bestimmt gewesen, durch eine deutsche Form von Bürokratie und latenter Gewalt also, wie ich Ruges Attribut übersetze.

Recht eigentlich hätte gerade das Ende der DDR zu einer erneuten kritischen Prüfung der Totalitarismus-Ansätze herausfordern müssen, insbesondere dann, wenn man ihr Zusammenbrechen mit dem Inferno von 1945 verglich – Phänomene, die sich dem gleichen

Herrschaftstypus kaum zuordnen lassen. Wohl auch in Anbetracht dieser markanten Unterschiede ist verschiedentlich versucht worden, die SED-Diktatur genauer zu charakterisieren. Die Deutungsmuster reichen von der parteigesteuerten repressiven »Organisationsgesellschaft« über die »Erziehungsdiktatur«⁷, die eher ironisch so verstandene »Diktatur der Liebe«⁸ bis zur »Fürsorgediktatur«⁹, auf die ich später noch einmal zurückkommen werde, oder zur Identifizierung der DDR als politisch-kulturelle Wiedergängerin des preußisch-paternalistischen Polizeistaats¹⁰. Und tatsächlich scheint in jeder dieser Charakterisierungen mehr auf als nur eine Facette des Herrschaftssystems der späten DDR. Andere berücksichtigten den Wandel in der Vokabel »Spätstalinismus« – das entsprach dem terminologischen Wechsel von totalitär zu spät- oder posttotalitär¹¹ – oder in der Wortspielerei »autolitär«, mit der ihr Schöpfer¹² andeuten wollte, so ganz totalitär sei die späte DDR vielleicht doch nicht gewesen, vielmehr auch ein wenig autoritär, also nicht so umfassend gesteuert, verwaltet und kontrolliert, wie es die Totalitarismus-Konzepte nahelegen.

Wie die meisten an diesem Approach orientierten Deutungen resultierte allerdings auch diese aus einer Analyse der Machtstrukturen, die mehr den Zwecken und Mitteln, weniger den Resultaten des Herrschaftssystems galt. Nicht von ungefähr. Denn tatsächlich eignen sich Forschungen dieses Typs ja sehr viel besser für das Offenlegen der politischen Inputs (der Intentionen und Methoden des Machtgebrauchs) als für eine Analyse politisch-sozialer Vermittlungen. Schon deshalb kommt bei ihnen die Gesellschaft oft nur mittelbar, als Objekt der Politik, ins Visier und erscheint – angesichts des vielgliedrigen institutionalisierten Bewegungsapparats und des vielschichtigen parteistaatlichen Nervensystems – zumeist als Widerpart der Herrschenden, häufiger als (mehr oder minder) widerständiger, seltener als zeitweilig angepaßter. Wahrnehmung hat jedoch immer mit dem Blickwinkel zu tun, den jemand wählt. Wer mit einem Vorverständnis fragt, das der Partei(führung) nicht nur den Willen, sondern (wenigstens ein Stück weit) auch die Fähigkeit zuschreibt, die einzelnen wie die Gesellschaft rundum – totalitär – zu erfassen, zu steuern und letztlich zu formen, der schaut insbesondere darauf, wie sie das gemacht hat, diese Partei. Zum Prüfen der Outputs verführt diese Perspektive jedenfalls nicht unbedingt. Und deshalb bleiben denn auch in vielen so angelegten Studien entweder der Approach, der Ansatz, auf der Strecke – oder die Gesellschaft blaß¹³. Es fehlen Aussagen darüber, wie die Inputs sozial verarbeitet wurden, welche Veränderungen der Sozialstruktur, der Arbeitsverhältnisse, der Zeitbudgets, des Konsums etwa zu welchen Veränderungen oder Verfestigungen von Werthaltungen, Einstellungen, Kommunikationsmustern oder Mentalitäten geführt haben. Anders gesagt: Wer nach Interdependenzen von Politik und Gesellschaft nicht fragt, sieht leicht überall Dichotomien.

Anfangs neben dem Mainstream, nun als gleichsam zweiter Strom, sind die Versuche zu nennen, beide, die DDR- wie die deutsche NS-Gesellschaft als »moderne« Diktaturen zu begreifen. Sie werden durch das Adjektiv von den vormodernen, der Tyrannis etwa, abgegrenzt und sollen im Kontext industriegesellschaftlicher Modernisierungsprozesse untersucht werden¹⁴. Allerdings ist zu Recht gefragt

6 Der Terminus stammt von Detlef Pollack. Für vieles: Ders.: Das Ende der Organisationsgesellschaft, in: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, 19 (1990), S. 292ff.

7 Neben anderen auch Dietrich Staritz: Widerstand und Opposition, Dissidenz und Resistenz in der DDR, in: UTOPIE kreativ, 97/98, November/Dezember 1998, S. 35ff.

8 Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 – 1989, Berlin 1998, S. 125.

9 Konrad H. Jarausch: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (APuZ), B 20/98 vom 8. Mai 1998, S. 33ff.

10 So Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 188ff.

11 Vgl. Juan J. Linz, Alfred Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America and Post Communist Europe, Baltimore 1996, p. 55f.

12 Eckhard Jesse: War die DDR totalitär?, in: APuZ B 40/94 vom 7. Oktober 1994, S. 12ff.

13 Wie in der Arbeit von Klaus Schröder und seinem Mitarbeiter Steffen Alisch: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.

14 Jürgen Kocka: Nationalsozialismus und SED – Diktatur im Vergleich, in: Ders.: Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995.

15 Jeffrey Herf: *Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1990. Ich folge hier der Argumentation Sabrows (Anm.1)

16 So Paul Erker: *Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 202ff.

17 Vgl. Alf Lütke: »Helden der Arbeit« – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR., in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 188ff. s.a.: Ders.: Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: *APuZ*, B 36/98 vom 28. August 1998, S. 3ff., hier S. 12f.

18 Vgl. Anm. 9

19 Vgl. Anm. 8

20 Rolf Henrich: *Der vormundschafliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus*, Reinbek 1989.

21 So Schröder, Alisch (Anm. 13): S. 619f.

22 Vgl. Götz Aly in: *Berliner Zeitung* vom 10. September 1998.

worden, ob die Nazidiktatur nicht vor allem antimoderne Züge trug beziehungsweise besser als »reaktionärer Modernismus«¹⁵ zu fassen sei, und ob die Diktatur der SED nicht vor allem an ihrer Unfähigkeit scheiterte, Modernisierungsprozesse zu initiieren. Gerade unter diesem Aspekt wurde sie von Dahrendorf schon Anfang der sechziger Jahre (und wohl zutreffend) als »unmoderner Modernisator« ausgemacht. Gleichwohl: Im Rahmen dieses Interpretationsmusters beziehungsweise in seiner Nachbarschaft wird vor allem der gesellschaftliche Alltag in den Blick genommen, das heißt neben den formalisierten speziell die informellen Strukturen, Kommunikationsweisen etc. Sie werden entweder als hochgradig politisch determiniert wahrgenommen, also als von den politischen Setzungen bestimmt¹⁶, oder als »durchherrscht« beschrieben, also stärker auf Herrschaft bezogen als die »Alltage« in anderen bürokratisierten Gesellschaften¹⁷. Bislang aber haben die Protagonisten der »Durchherrschtungs«-These nicht deutlich gezeigt, wie sich diese Kategorie so operationalisieren läßt, daß mit ihrer Hilfe das für die DDR-Gesellschaft charakteristische herausgearbeitet werden kann, und wie sich mit ihr generell mehr Trennschärfe erzielen läßt. Auch mit Blick auf die westlichen Demokratien im übrigen. Schließlich sollte nicht vergessen werden, daß ihre Verfassungswirklichkeiten (anders als ihr Idealtypus) zumindest insofern als »durchherrscht« gelten können, als es in allen großen Bereichen (Produktion, Geld- und Kapitalmärkte oder Massenmedien) gibt, die von wenig oder kaum legitimierten Eliten dominiert werden. Dennoch liegt der Vorzug dieser Annäherung auf der Hand, denn mit ihr kann die Widersprüchlichkeit von politisch-sozialen Vermittlungsprozessen erfaßt werden und nicht nur Intentionen oder Verfahren des Machtgebrauchs und der Machtausübung.

In die gleiche Richtung weist der Begriff der »Fürsorgediktatur«¹⁸. Er thematisiert, wie auch die Studien über die nicht nur spöttisch so genannte »heile Welt der Diktatur«¹⁹ oder den »vormundschaflichen Staat«²⁰, den Zusammenhang von Formen der Legitimationsbeschaffung, die die Herrschenden versuchten, und den Arrangements, mit denen die Gesellschaft auf sie reagierte. Mit Fragestellungen wie diesen läßt sich eher erschließen, warum die Parteierrschaft – gemessen an ihrer Legitimitätslücke und der fehlenden nationalen Identität des Staates – so lange so verhältnismäßig stabil war, und warum die Stabilität zerbröselte. Sie eignen sich dazu jedenfalls besser als jene terminologischen Konstrukte – wie die Koppelung »posttotalitärer Überwachungs- und Versorgungsstaat«²¹ –, die allenfalls als politisch korrekt gelten mögen, ihrer überzeugungssatten Gewißheit wegen aber für die Forschung kaum taugen.

Der Versuch, die Interdependenzen von politischem und gesellschaftlichem Handeln ins Zentrum zu rücken, scheint mir überdies auch besser geeignet, die Differenz von NS- und SED-Herrschaft aufzuklären, als beide über den Leisten einer allgemeinen Diktaturthese oder der Totalitarismustheorie zu schlagen. Im übrigen auch deshalb, weil seit längerem darüber nachgedacht wird, ob es sich bei der Naziherrschaft zumindest bis zur Kriegswende nicht recht eigentlich um ein bereitwillig getragenes Machtsystem gehandelt habe, um eine »Zustimmungsdiktatur«²², um ein Machtsystem, das von den Deutschen lange als legitim wahrgenommen wurde.

Derartige Überlegungen finden sich in den totalitarismustheoretisch angelegten Studien zur DDR nur ganz selten, und ihr Ergebnis ist regelmäßig negativ, was angesichts ihrer wertlastigen Kategorien und Kriterien freilich nicht überrascht. Daß weniger befangenes Fragen zu differenzierteren Ergebnissen führt, hat Sigrid Meuschel²³ in ihrer Studie über den Wandel und Verfall von Legitimation, Legitimität und Legitimäts glauben schon vor Jahren eindruckvoll nachgewiesen²⁴. Tatsächlich bietet die Annahme, Diktatur und Zustimmung seien komplementäre Elemente parteistaatlicher Vergesellschaftung, bessere Möglichkeiten, die Bedingungen individuellen wie kollektiven Verhaltens zu verstehen, als das Behaupten ihrer Unvereinbarkeit. Sie ist zudem für vergleichende Untersuchungen von Nutzen, jedenfalls dann, wenn insbesondere nach der Lage derjenigen gefragt wird, die nicht zustimmen.

Von einer gewissen Legitimation der ostdeutschen Form parteistaatlicher Vergesellschaftung gehen jene aus, die – wie ich²⁵ – die DDR zu Beginn ihres letzten Jahrzehnts als einen parteigelenkten »autoritären Wohlfahrtsstaat« wahrnahmen, in dem, gegen Mitte der sechziger Jahre, also nach den radikalen Umbrüchen während der vierziger und fünfziger, manchem Ostdeutschen die Herrschaftsverhältnisse wenigstens als partiell legitim erschienen – aufgrund der ökonomischen Zuwächse und der sozialpolitischen Leistungen. Als so legitim, daß vor dem Hintergrund von scheinbar wenig prekären und überschaubaren Verhältnissen ein fragiler Konsens erkennbar wurde²⁶. Unter diesem Blickwinkel wurde nach den verhaltensprägenden Erfahrungen der verschiedenen DDR-Generationen gefragt, nach ihren Werten wie Lebensentwürfen, und vorsichtig – zu vorsichtig – prognostiziert, der ohnehin schwache Konsens werde seine soziale Bindekraft verlieren, wenn der jüngeren Generation als motivierende Perspektive auch künftig allein der für sie wenig reizvolle Status quo geboten werde, während sich für die Älteren abzeichne, daß selbst der in Frage stehe – insbesondere die durch ihn gegebene (loyalitätsstiftende) materielle Lebensqualität. Das war eine gewiß rauhe und empirisch kaum gestützte Interpretation, aber abwegig war sie nicht.

Schließlich sind die Interpretationsmuster zu erwähnen, die die DDR-Gesellschaft als irgendwie sozialistisch deuten, gleich ob als protosozialistisch²⁷, staats- oder bürokratisch-sozialistisch²⁸ oder als »rohen Kommunismus«²⁹. Ich denke, alle diese Etiketten haben denselben Mangel; alle gehen mehr oder weniger selbstverständlich vom Konzept einer »Übergangsperiode« aus, in dem Demokratie, das Essenzial jeder europäischen Idee vom Sozialismus, weit hinten am Horizont erscheint, aber nicht als Prinzip der Bewegung, und wenn, dann allenfalls als Strukturmerkmal der Partei. So gesehen beschrieb Ernest Mandels Metapher von der »eingefrorenen Übergangsgesellschaft«³⁰ das Problem genauer. Auch wenn er illusionär auf den revolutionären Befreiungsschlag der Arbeiterklasse hoffte, blieb seine Denkfigur doch insofern angemessener als andere, weil der Akzent auf der Überwindung der bürokratischen Parteierrschaft lag – selbst wenn sich Mandel nur eine bessere Avantgarde gewünscht haben mag.

So viel, richtiger wohl: So wenig zu dem, was die DDR war.

Wie nun ging sie unter? Zunächst konkurrierten zwei Sichtweisen. Nach der einen waren das Ende der Parteierrschaft und der System-

23 Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteierrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945 – 1989, Frankfurt a. Main 1992.

24 Zur Problematik dieser Kategorie vgl. Alf Lütke in: APuZ B 38/98 (Anm. 17).

25 Vgl. Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949 – 1985, Frankfurt a. Main 1985 sowie die erw. Neuauflage 1996.

26 Aufgrund übergreifender Überlegungen nennt Sabrow in einem Buchbeitrag die DDR vor ihrer finalen Krise eine »Konsensdiktatur«. »Das schärfste Instrument diktatorischer Herrschaft des 20. Jahrhunderts war auch in der DDR nicht die Repression, sondern das – suggerierte, inszenierte, erzwungene oder freiwillige Einverständnis. In anderer Ausprägung als die erste war auch die zweite deutsche Diktatur im doppelten Sinne eine Konsensdiktatur – eine Herrschaftsform, die politischen und kulturellen und in mancher Hinsicht auch sozialen Konsens erzwang und gleichzeitig auf ihn ihre Dauerhaftigkeit und ›Veralltäglichsung‹ gründete«. Ders.: Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Konrad H. Jarausch, Martin Sabrow (Hrsg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 83ff., S. 90. Der Band lag mir beim Konzipieren des Vortrages noch nicht vor.

27 So Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des realexistierenden Sozialismus, Frankfurt a. Main 1977.

28 Wegen ihrer Fülle muß auch hier auf Literaturhinweise verzichtet werden. Diese auf Unfertigkeit, vor allem aber auf etatistische oder bürokratische Deformationen verweisenden Formeln finden sich vor allem in Publikationen von Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR sowie in programmatischen Äußerungen der PDS.

29 So – in der Wende – Peter Ruben: Die Pleite des rohen Kommunismus. Zur sozialen Frage, in: Sonntag 11/1990 vom 18. März 1990.

30 Ernest Mandel 1978 in einer Debattenrede auf einer Tagung über die »Alternative« des damals inhaftierten Rudolf Bahro. Zit. nach: Der Bahro-Kongreß. Aufzeichnungen, Berichte und Referate, Berlin 1978, S. 30f.

31 Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution, Frankfurt a. Main 1990.

32 So u.a. Erich Honecker, in: Erich Honecker zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992. Vgl. auch Hanfried Müller: »Zusammenbruch« und/oder »Konterrevolution«, in: Wider die Resignation der Linken. Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion, Köln 1994.

33 So sehr früh Jürgen Kuczynski, in: Neues Deutschland vom 8. November 1989.

wechsel Folgen einer Revolution, nach der anderen Konsequenz einer »Implosion« des Machtsystems. Beide Deutungen verweisen – zu Recht – auf die augenfällige Friedfertigkeit des Prozesses. Für diese machen die Anhänger der ersten Lesart mehr die ostentative Gewaltlosigkeit der Revolutionäre verantwortlich. Die Vertreter der anderen betonen stärker die fehlende Wehrhaftigkeit der Herrschenden als Folge des ökonomischen Niedergangs und der erschlafften Partei- und Staatsräson der Eliten. Beide aber sehen in der Neutralität der sowjetischen Garnisonen einen pazifizierenden Faktor und schreiben der fehlenden Interventionsbereitschaft der KPdSU unter Gorbatschow eine entscheidende Rolle zu.

Der Terminus Revolution wird einerseits für den Prozeß des Machtwechsels, andererseits für dessen politische wie sozioökonomische Resultate verwendet. Mit Blick auf diese Umbrüche und ihre Perspektive sprach Habermas³¹ bereits 1990 von einer »nachholenden Revolution«. Sie habe den Weg frei gemacht für einen gesellschafts- wie verfassungspolitischen Anschluß an das Erbe der bürgerlichen Revolution und die Verkehrs- wie Lebensformen des entwickelten Kapitalismus. Diese vorsichtig formulierte allgemeine Beschreibung einer Chance blieb ohne nennenswerten Widerspruch. Dabei sehe ich davon ab, daß selbstverständlich denjenigen, die die DDR als eine sozialistische Gesellschaft begriffen, oder ihr doch gute Chancen gaben, das demnächst zu werden, daß ihnen die Bewegung in den Wendemonaten und ihre Ergebnisse selbstverständlich als »Konterrevolution«³² erscheinen mußten oder als »konservative Revolution«³³.

Für den Charakter und die Ziele der Massenbewegungen werden unterschiedliche Deutungen angeboten. Sie reichen von der »liberalen Revolution«³⁴ zur »pazifistischen«³⁵, »protestantischen«³⁶, »volkseigenen«³⁷ beziehungsweise zur »Volks-«³⁸ oder »national-demokratischen«³⁹ beziehungsweise »nationalen Revolution«⁴⁰. Die national adjektivierten werden von ihren Protagonisten allerdings nur mit Blick auf den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik so genannt.

Beim Vergleich der Intentionen von Bürgerbewegungsakteuren mit den Resultaten des von ihnen initiierten Prozesses wird häufig von einer »abgebrochenen«⁴¹, einer »mißglückten Revolution«⁴² oder »abgetriebenen Revolution«⁴³ gesprochen – teils beim Blick auf das so nicht gewollte Ende der DDR, teils wegen des umstandslosen Auf- oder Untergehens von DDR-Erfahrungen in der Bundesrepublik. Auch von einer »gestohlenen Revolution«⁴⁴ ist die Rede, wenn – wohl zutreffend – angemerkt wird, die seit dem 9. November offene Grenze habe die »Dämme ... gebrochen, ehe die Flut ihre ganze Gewalt erreichte«. Seither hätten D-Mark und Wiedervereinigung die Aufbruchstimmung umgelenkt und schließlich erneut zu Gefühlen von Entmündigung und Fremdbestimmung geführt. Dieser Wandel in den Motiven der Massenbewegungen, bewirkt durch Veränderungen ihrer Rahmenbedingungen wie die Erfahrung selbstbestimmten Handelns, ist auch als »Revolution in der Revolution«⁴⁵ beschrieben worden, wobei betont wurde, daß die Aktivisten der zweiten mit denen der ersten kaum noch identisch waren.

Diese Differenzierung wiederum lud zu Untersuchungen darüber ein, wer denn überhaupt zu den Initiatoren und Trägern der Bewegung, gewissermaßen also zum revolutionären Subjekt, zu rechnen

sei. Vorrangig die, die sich in den evangelischen Kirchen oder an ihrem Rande in Friedens-, Umwelt- oder Demokratie-Jetzt-Gruppen zusammenfanden und Staat wie Gesellschaft reformieren wollten, oder vor allem jene, die massenhaft Ausreiseanträge stellten, für ihr Recht auf Freizügigkeit demonstrierten oder in den westdeutschen Botschaften Zuflucht suchten? Ein Erlanger Politikwissenschaftler⁴⁶ hat unlängst die Intentionen von Aktivisten der Bürgerbewegungen zusammengefaßt und kam zu dem Schluß: »Die Bürgerrechtler waren allenfalls Revolutionäre wider Willen«, keine antikommunistischen Dissidenten, wie anderswo in Osteuropa, sondern »sozialistische Revisionisten«, die es »zumeist sogar« ablehnten, »sich als Oppositionelle zu bezeichnen«. Weit davon entfernt, einen wirklichen und schnellen Machtwechsel erzwingen zu wollen, hätten sie am Runden Tisch der Modrow-Regierung geholfen, den gesellschaftlichen Aufstand zu überstehen, und den Wunsch der Bevölkerung nach der Überwindung des Systems und der Einheit Deutschlands ignoriert. Die Fixierung von Publizistik und Forschung auf die Bürgerbewegung zeige an, daß die ostdeutsche Revolution »fundamental mißverstanden werde«. Denn tatsächlich habe die Bürgerbewegung »von Anfang an« mit der »Dynamik der Massenbewegung – der Revolution« nicht Schritt gehalten.

Sicher reflektiert dieser Befund die widersprüchliche Entwicklung von Intentionen und Aktionsformen in der Umbruchphase nur unzureichend; und sicher wird mit ihm die Rolle der Ausreiser überbewertet, jedenfalls gegenüber dem Beitrag der seßhaften, aber demonstrierenden DDR-Verdrossenen in den Konflikten der letzten DDR-Monate. Immerhin aber verweist diese Deutung auf die häufig vernachlässigte, für das Entstehen der Oktoberbewegung aber eminent wichtige Funktion der Massenflucht. Zudem hilft der Verweis auf die Kluft zwischen Bürger- und Massenbewegung bei der Antwort auf die Frage, warum die Mehrheit der Ostdeutschen den Aktiven aus den Initiativgruppen ihre Unterstützung entzog, nachdem diese die ersten Breschen in den Wall der Partei- und Staatsmacht geschlagen hatten und es möglich war, die eigenen Interessen selbst zu vertreten – zum ersten Mal bei den Märzahlen 1990. Nun geht der Autor nicht so weit, die Masse der Flüchtenden als das revolutionäre Subjekt vorzustellen. Er meint aber, sie seien für die Systemüberwindung bedeutsamer gewesen als der Protest von dissidenten Minderheiten⁴⁷.

Doch was gab nun den Ausschlag für den Systemwechsel: die Massenbewegung oder die Schwäche des Systems, sein Zusammenbruch, seine Implosion⁴⁸? Die Frage so zu stellen, würde die Unterschiede der Deutungsmuster überdehnen. Denn in beiden, in den sachkundigen jedenfalls, ist beides präsent: die Stärke der gesellschaftlichen Bewegung und die Handlungsschwäche der Führung sowie ihre Interdependenz. Und in vielen Klärungsversuchen beider »Lager« sind zudem die externen Bedingungen zureichend berücksichtigt: die schon weit gediehene Auflösung der Herrschaftsverhältnisse in Polen und Ungarn, die Perestrojka-Krise in der Sowjetunion, der Unwille beziehungsweise das Unvermögen der Gorbatschow-Führung, den Block zusammenzuhalten und schließlich das Ende der Blockkonfrontation, das den Zerfall des sozialistischen Lagers nur noch beschleunigte⁴⁹. Das erweiterte die Spielräume der Opposition und

34 Mit Blick auf die Auflösung des sozialistischen Lagers Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

35 Oskar Negt: Wandlungen im Begriff der Revolution, in: Oskar Negt, Alexander Kluge: Maßverhältnisse des Politischen. 25 Ratschläge zum Unterscheidungsvermögen, Frankfurt a. Main 1992.

36 Für vieles: Ehrhart Neubert: Zur Genese der systemimmanenten protestantisch geprägten Revolution 1972-1978, in: Gisela Helwig (Hrsg.): Rückblicke auf die DDR, Köln 1995 sowie (in kritischer Rückschau) Ders.: »Obwohl der scheinbar tiefe Friede ...«. Bemerkungen zur protestantischen Revolution, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED – Staat (ZdF), Nr. 4/1997, S. 26ff.

37 Karl-Dieter Opp, Peter Voß: Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993.

38 Gert-Joachim Glaeßner: Vom »realen Sozialismus« zur Selbstbestimmung. Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise in der DDR, in: APuZ, B 1-2/1990 vom 5. Januar 1990, S. 3ff.

39 Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der »Wende«, Dresden 1995. In diesem Text gibt Richter einen instruktiven Überblick über die bis dahin bereits weit ausgefächerten Charakterisierungen des Endes der SED-Herrschaft und des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Die bis 1999 aufgelaufenen Deutungen

und Definitionsbemühungen hat Robert Grünbaum zusammengetragen. Vgl. Ders.: Eine Revolution in Deutschland? Der Charakter des Umbruchs in der DDR von 1989/90, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Heft 7/8 1999, S. 438ff.

40 Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989 – 1990, Frankfurt a. Main 1995, S. 205ff.

41 Gert-Joachim Glaeßner: Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1991, S. 18f.

42 Konrad Weiß: Ich habe keinen Tag in diesem Land umsonst gelebt. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg.(1990), Heft 5, S. 555.

43 Michael Schneider: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.

44 Stefan Wolle: Der Weltgeist zu Fredersdorf (oder die Geschichte von der gestohlenen Revolution), in: ZdF 4/1997, S. 101ff.

45 U. a. Helmut Müller-Enbergs: Schritte auf dem Wege zur Demokratie: Die Rolle der Bürgerbewegungen in der Volkskammer, in: Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.): Eine deutsche Revolution. Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen, Frankfurt a. Main/New York/Paris 1991, S. 96.

46 Mark R. Thompson: Die »Wende« in der DDR als demokratische Revolution, in: APuZ, B 45/99 vom 5. November 1999, S. 15f.

schränkte die Manövrierfähigkeit der noch Herrschenden ein – etwa bei ihren Versuchen, den Überdrüssigen den Weg in den Westen durch Absprachen mit Prag und Budapest zu versperren.

Wohl erst das Scheitern dieser Bemühungen machte der Führung den Verlust ihrer Handlungsfähigkeit bewußt. Tatsächlich waren – angesichts der massenhaften Aufkündigung der Folgebereitschaft im Innern – eine handlungsfähige Sowjetunion und ein funktionierendes Paktsystem die einzigen Sicherheiten gegen den Verfall des Staates, sofern man nicht an die damals viel zitierte »chinesische Lösung« dachte. Doch die wollte – so weit wir es heute wissen – offenbar niemand. Vielleicht, weil wirklich keiner auf »unsere Menschen« schießen mochte, weder die Partei-, MfS- oder Militärführer noch die Soldaten, vielleicht, weil sowjetische Hilfe nicht in Aussicht stand.

Daß die Impotenz der alten Machtelite speziell von denen betont wird, die mehr zur Implosions- als zur Revolutions-These tendieren, hat zwar vor allem mit ihren Untersuchungsschwerpunkten zu tun, mit ihren Befunden zur Struktur der Führungen wie zur Leistungsfähigkeit der Sicherheitsapparate und der Wirtschaft. Sie rührt bei manchen aber wohl auch aus einer Skepsis gegen den inflationären Gebrauch eines nicht hinreichend konsensfähigen Terminus. Immerhin meint Revolution in der Tradition kritischer Reflexion ja etwas menscheitsgeschichtlich Höheres, etwas Neuere als den doch hinlänglich bekannten Kapitalismus. Aber auch von weniger kritischen Positionen aus – etwa in der Perspektive des Ansatzes von Skocpol⁵⁰ – werden Revolutionen als intensiv ausgetragene Klassenkonflikte definiert, die zur Durchsetzung einer Gegenelite gegenüber der bislang herrschenden führen. Zudem ist eine Revolution gemeinhin mit der Aura von emphatischem Heroismus umgeben (der »Sturm« auf die Bastille oder das Winterpalais etwa). Zu ihr gehören auf der einen Seite Barrikaden und vielleicht auch ein paar Fahnen, auf der anderen aber ganz gewiß der Widerstand der noch Herrschenden. Doch gerade der fehlte – sehen wir von Rumänien ab – überall. Überall wurden vielmehr die gleiche Ratlosigkeit und ähnlich brüchige Strukturen sichtbar – und das durch ebenfalls überall weit hin gewaltfreie Aktionen. So besehen trifft sicher auch für die DDR zu, was ein Autor⁵¹ generalisierend für Osteuropa schrieb, daß nämlich das herausragende Kennzeichen des Wandels nicht die gewaltsame oder friedliche Auseinandersetzung zwischen einer Opposition und der herrschenden Elite gewesen sei, sondern der offenkundig fehlende Machtwille der kommunistischen Parteien, der die Herrschaftsschicht in relativ kurzer Zeit zerbröseln ließ.

Begreift man allerdings Revolutionen von ihrem Ende her als Übergänge zu einer anderen Produktionsweise und den revolutionären Prozeß als radikalen Wandel der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen, dann braucht es zu ihnen nicht notwendig Emphase, Barrikaden oder Fahnen, dann genügt recht eigentlich das Faktum des Übergangs. Nur selten folgen die »Lokomotiven der Weltgeschichte« den formationstheoretischen Vorhersagen oder gar den Fahrplänen einer engagierten Gesellschaftsprognostik. Der Wandel in Osteuropa zeigt vielmehr, daß – wie alles Unabgegoldene – auch die Wiederherstellung (Revolution) einer Produktionsweise auf die Tagesordnung geraten kann, jedenfalls dann, wenn sie vor der

Zeit ausgebremst wurde, also keine Chance hatte, alle ihre Potentiale zu entfalten – auch ihre weniger emanzipatorischen, dummerweise.

Vergleiche ich, so sehe ich die Vorzüge der Arbeiten, die sich auf den Prozeß des Machtwechsels konzentrieren und ihn als revolutionär kennzeichnen, in der differenzierten Betrachtung der Akteure, in der Analyse ihres sozialen Hintergrundes, ihrer Motive und Handlungsformen. Die Stärken der Studien, die den Zerfall, den Zusammenbruch oder eben die Implosion des Machtgefüges untersuchen, sehe ich in ihren Versuchen, die Gründe für den beinahe vollständigen Gewaltverzicht der formal noch immer Mächtigen herauszuarbeiten. Sie werden zu Recht in der materiellen wie mentalen Unfähigkeit der Herrschenden gesehen, die ihnen verbliebenen Machtmittel einzusetzen. Angesichts der massenhaft verweigerten Folgebereitschaft agierten sie so (oder doch sehr ähnlich) wie die Repräsentanten der Diktaturen in Spanien, Portugal oder Griechenland in den siebziger Jahren. Auch deshalb lag es 1990 nahe, den Modus des Zusammenbrechens der Partei Herrschaft mit einem Wort zu charakterisieren, das seinerzeit für das Ende der autoritären Franco-Diktatur und die Art ihres Zerfalls in Umlauf kam, mit dem Terminus »Implosion« – wobei freilich unerörtert blieb, ob es einen Totalitarismus-Ansatz gibt, der die weithin gewaltlose Implosion, das Zusammenbrechen eines totalitären Herrschaftssystems gedanklich gestattet.

Doch nicht nur für die Auflösung der Partei Herrschaft sind diese Arbeiten von Belang. Sie liefern darüber hinaus Anhaltspunkte für eine Gewichtung der äußeren und inneren Ursachen der Bürger-, Flucht- und Demonstrationenbewegungen. Tatsächlich reicht es zum Rekonstruieren ihres Entstehungszusammenhanges ja nicht hin, auf die allgemeine Sehnsucht nach einem Ende von Bevormundung und Repression, nach sachlicher Information, Öffentlichkeit, Gerechtigkeit und Reisefreiheit zu verweisen oder auf die nach Partizipation. Denn Forderungen dieser Art gab es seit langem. Sie wurden zum Thema der Mehrheit aber erst, als die Kompensationsmechanismen zu klemmen begannen, als sich die stets behauptete Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Fiktion erwies und die Gesellschaft im Rahmen des gegebenen Wirtschaftssystems nicht mehr in der Lage war, die sozialpolitischen Programme zu finanzieren, die dem Staat bis zum Anfang der achtziger Jahre eine gewisse Legitimation verschafft hatten. Spätestens von da an begann die Gesellschaft von ihrer materiellen Substanz zu leben. Doch mit ihr schwand die Loyalität, und es versagte die »Organisationsgesellschaft«, die die DDR bis dahin noch mäßig zusammengehalten hatte. Anfang September 1989 schließlich meldete die Stasi, es gebe eine wachsende Tendenz, für die entstandene Lage die Partei- und Staatsführung verantwortlich zu machen, und in dieser Hinsicht seien die Genossen kaum noch von den Parteilosen zu unterscheiden⁵². Spätestens da hatte die Partei, ohnehin der Gesellschaft viel ähnlicher als es Lenin erlaubt hätte, kapituliert.

Gab es aus dieser Krise noch einen Ausweg? Mit Blick auf die notwendige Anpassung der DDR-Wirtschaft an den internationalen Strukturwandel, die Innovationsschübe und die rasch wechselnden Marktbedingungen wäre eine tiefgreifende Reform des Wirtschaftssystems erforderlich gewesen. Doch hätte die noch helfen können?

47 Ebenda. Wobei Thompson an Christian Joppke anknüpft. Vgl. Ders.: East German Dissidents and the Revolution of 1989, Basingstoke 1995.

48 Für das Ende der SED-Herrschaft verwendete diesen Terminus als erster Fred Oldenburg: Die Implosion des DDR-Regimes. Ursachen und Entwicklungsprozesse, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr.10/1991. Vgl. für die Zerfalls- bzw. Implosionsthese u.a. Gerhard Wettig: Das Ende der DDR. Phänomen imperialen Zusammenbruchs, in: ZdF, 4/1997, S. 4ff. oder Stephan G. Bierling: Die sieben Mythen der Wiedervereinigung, in: Dieter Grosser, Stephan G. Bierling, Friedrich Kurz (Hrsg.): Die sieben Mythen der Wiedervereinigung. Fakten und Analysen zu einem Prozeß ohne Alternative, München 1991, S. 78.

49 Zu einem differenzierten Bewerten und Gewichten der inneren wie äußeren Faktoren sowie ihres Wirkungszusammenhanges läßt der von Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow herausgegebene Band Weg in den Untergang (Anm.26) ein. Detlef Pollack etwa beschreibt hier mit Blick auf die inneren Faktoren den Prozeß unter dem Titel »Der Zusammenbruch der DDR als Verkettung getrennter Handlungslinien« (S. 41ff.) als schließliches Ineinandergreifen von vier zunächst isoliert voneinander agierenden Bewegungen, der Bürgerrechtsbewegung, der Massendemonstrationsbewegung, der Bewegung der kommunistischen Reformer und der Fluchtbewegung, »die sich alle gegen

die starre Führungsriege der SED wandten«. Sie seien »nach und nach miteinander in Interaktion« getreten, »wodurch es zu einem Ineinandergreifen der einzelnen Bewegungen und damit zu ihrer wechselseitigen Verstärkung kam« (S. 43).

50 Theda Skocpol: *States and Revolutions*, Cambridge 1979.

51 Egbert Jahn: *Der Umbruch in Osteuropa – ein Ereignis mit weltpolitischen Auswirkungen*, in: *Osteuropa*, 43. Jg.(1993), Heft 1, S. 21ff.

52 Zit. nach: Dietrich Staritz: *Geschichte der DDR*. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1997, S. 355f.

53 Charles S. Maier: *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt a. M.1999, S. 145ff.

54 Jörg Roesler: *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR*, Berlin 1990.

55 Zit. nach Dietrich Staritz (Anm. 52), S. 390.

56 Zit. nach dem Referat Otto Reinholds auf der 6. Tagung der Gemeinsamen Kommission der Ökonomen der UdSSR und der DDR zum Thema »Die wachsende Rolle des sozialistischen Weltsystems im revolutionären Weltprozeß – sozialökonomische Aspekte«, in: *wirtschaftswissenschaft*, Jg. 1981, Heft 4, S. 394f.

Charles S. Maier⁵³, einer der anregendsten Interpreten des »Verschwindens der DDR und des Untergangs des Kommunismus«, meint, da sei es schon zu spät gewesen. Er gibt allerdings – auf Jörg Roesler⁵⁴ gestützt – zu bedenken, ob der in den sechziger Jahren begonnene Reformprozeß geeignet gewesen sei, die DDR zu sanieren. Nun wissen wir ja, daß während der letzten DDR-Jahre die Parteiführung an so etwas ernsthaft nicht mehr dachte. Und auch beim Blick auf die Sechziger schiene es mir leichtsinnig, einem der Reformer, Walter Ulbricht gar?, zu unterstellen, er habe daran gedacht, irgendwann auf die umfassende Verfügung über die materiellen Ressourcen der Politik zu verzichten. Denn »billiger«, das heißt ohne Verzicht auf diesen Zugriff war das Problem nicht zu lösen, weil nur die Verlagerung von Entscheidungskompetenz in die Wirtschaftseinheiten die notwendige Innovationsfähigkeit, Produktivität und Flexibilität einer weltmarktorientierten Volkswirtschaft sichern konnte. Eine so weitgehende Lockerung des Zentralismus war jedoch zu allen SED-Zeiten ein Sakrileg. Sie galt zumindest als revisionistisch, wäre im Zweifel von der Sowjetunion untersagt worden und hätte sich vielen zudem als Verlust der sozialistischen Identität der DDR dargestellt.

Und diese Identität brauchte die DDR. Eine andere, eine nationale, war ihr nicht zugewachsen, und ohne sie hatte – so sah es Otto Reinhold schließlich im August 1989 sehr klar – die DDR als zweiter deutscher Staat keinen Existenzgrund⁵⁵. Damit sie sich als sozialistische Gesellschaft festigen könne und den für die innerdeutsche Konkurrenz unerläßlichen stabilen Staatsgrund bekomme, hatte derselbe Reinhold neun Jahre zuvor (wie schon früher) für die schnelle Umstellung der DDR- wie der Sowjetwirtschaft auf intensives Wachstum, und das hieß für eine durchgreifende Reform der Wirtschaftsleitung plädiert. Beeindruckt vom hohen Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Westen sagte er voraus, wer mit ihm nicht Schritt halte, werde seine internationale ökonomische Position und als Folge davon auch politischen Einfluß verlieren⁵⁶. Er nannte seine Prognose eine »unumstößliche Feststellung«, wollte sich damals aber gewiß nicht vorstellen, daß sie sich bewahrheiten könnte. Doch sie wurde wahr, weil der Wandel unterblieb. Davon überzeugt, nur mit einer zentralistischen Wirtschaftsführung sei die Kontrolle der Gesellschaft zu gewährleisten, war die Führung intellektuell außerstande, das ökonomisch wie politisch Notwendige auch nur zu versuchen und blockierte sich schließlich selbst.

So war es offenbar in allen herrschenden kommunistischen Parteien, insbesondere aber in der KPdSU und jenen im Vorfeld der Sowjetunion. Sie verloren ihre Macht, weil sie sich als Parteien neuen Typus im Besitz der adäquaten Analyse- und Steuerungsinstrumente sahen und sich so ihren Führungsanspruch permanent selbst bestätigten: zum Besseren verdammt, zum Lernen strukturell unfähig. Nicht nur im Handeln ihrer Protagonisten, auch im Vergesellschaftungskonzept dieser Parteien sollte deshalb nach den Gründen ihres Scheiterns gesucht werden, nach den ideologischen wie mentalen Voraussetzungen ihres Zusammenbruchs – der sich ohne die heftigen Bewegungen der Gesellschaften freilich noch etwas Zeit gelassen hätte.